

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 1/28/2005 10:24:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Mittwoch, 02.02.2005, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **05-F-02-0001**

Aufhebung von starren Grenzen bei Renten- und Pensionseintrittsalter
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2005 -

Vorbemerkung:

Die Diskussion um den Demographischen Wandel in Deutschland hat drei grundlegende Probleme aufgeworfen, die in unmittelbarer Weise den kommunalen Arbeitsmarkt betreffen und Städte und Gemeinden vor Herausforderungen stellen, die einer adäquaten Antwort bedürfen.

Erstens verzeichnen alle Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung eine sinkende Geburtenrate. Um die aktuelle Bevölkerungszahl stabil zu halten, müsste die Geburtenrate bei etwa 2,1 Kinder pro Frau liegen. Tatsächlich liegt die Geburtenrate in Gesamtdeutschland mit etwa 1,3 Kinder pro Frau deutlich unter diesem Wert. Somit nimmt die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland stetig ab, was auf den Arbeitsmarkt bezogen bedeutet, dass sich die Schieflage im Verhältnis von jungen Erwerbstätigen zu älteren Erwerbstätigen in den kommenden Jahren weiter verstärken wird.

Zweitens steigt parallel zur niedrigen Geburtenrate die Lebenserwartung kontinuierlich. So wird zum Beispiel ein heute neu geborener Junge im statistischen Durchschnitt 79 Jahre alt – das sind acht Jahre mehr, als ein männlicher Säugling noch vor vier Jahrzehnten zu erwarten hatte. Bei den Frauen ist die Lebenserwartung sogar um mehr als zehn Jahre gestiegen und liegt bei über 83 Jahren.

Drittens werden die Senioren im Vergleich zu vor einigen Jahren immer fitter. Die kognitiven und physischen Fähigkeiten der über 60-jährigen und auch die Bereitschaft dieser, ihre Fähigkeiten auch noch über das gesetzlich festgelegte Renteneintrittsalter hinaus einzubringen, hat stetig zugenommen.

Diese drei Punkte sollten zur Konsequenz haben, dass die bislang starren Renteneintrittsalter aufgehoben werden, um somit Beamte und Angestellte, die willens und in der Lage sind, über den zur Zeit geltenden Zeitpunkt des Rentenzugangs hinaus einsetzen zu können.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) mit den Spitzenverbänden (Hessischer Städtetag) Kontakt aufzunehmen, damit die gesetzlichen Altersgrenzen beim Eintrittsalter in den Ruhestand von Beamten aufgehoben werden und
- b) mit den Kommunalen Arbeitgeberverbänden in Verhandlungen zu treten, um ebenfalls die tariflichen Altersgrenzen aufzuheben.

4. 05-F-01-0010

Tiefgarage unter dem Bowling Green
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine ausführliche schriftliche Synopse zu erstellen aus der hervorgeht, ob das derzeitige Vorgehen des Magistrats bezüglich der geplanten Errichtung einer Tiefgarage unter dem Bowling Green gegenüber der **Bietergemeinschaft in ihrer jetzigen Form** vom

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2005

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juni 2004 gedeckt ist, und ob sich aus den seit der Zuschlagerteilung vorgenommenen Änderungen Risiken durch eine Anfechtung durch die unterlegenen Bewerber ergeben.

Hierzu soll vollständig und zweifelsfrei dargestellt und durch Zurverfügungstellung der jeweiligen Vertragstexte belegt werden,

- welche Veränderungen es zwischen dem Zeitpunkt der Erteilung des Zuschlages an die Bietergemeinschaft SüdLeasing / Ed. Züblin und dem Termin der Unterzeichnung / bzw. geplanten Unterzeichnung der Verträge gegeben hat;
- wie die Beziehungen der Beteiligten auf Seiten des Investors untereinander vertraglich verknüpft sind und wie die Stadt und die Kurbetriebe in dieses Vertragsverhältnis eingebunden sind – jeweils zum Zeitpunkt des Stadtverordnetenbeschlusses am 3. Juni 2005 und zum Zeitpunkt der Unterzeichnung / bzw. geplanten Unterzeichnung;
- ob und ggf. welche Unterschiede sich daraus auf Seiten der Stadt Wiesbaden ergeben, bzw. ergeben könnten, vor allem hinsichtlich der Risikoabsicherung;

Sollten seitens der Bietergemeinschaft mit Ablauf des 31.01.2005 die erforderlichen Unterschriften und Dokumente nicht vollständig vorliegen, wird der Magistrat aufgefordert,

- alle Aktivitäten bezüglich des Bowling-Green zunächst ruhen zu lassen, um einen „Plan B“ – der nach Aussage des federführenden Stadtrats Bendel bisher nicht existiert - zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen
- bis zu einer Entscheidung über einen solchen „Plan B“ alle präjudizierenden Maßnahmen zu unterlassen, insbesondere eine Fällung der Platanen am Bowling Green, soweit nicht eine nachweisbare Gefahr für Passanten von ihnen ausgeht.

5. 05-F-05-0001

Kosten der Altenpflege

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 25.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten, gegebenenfalls in einem Gemeinschafts-Projekt mit anderen Städten oder / und in Zusammenarbeit mit dem Landesrechnungshof, einen betriebswirtschaftlichen Kostenvergleich für die Bereiche ambulante, teilstationäre und stationäre Altenpflege zu erarbeiten. Zur Berechnung der ambulanten Pflege sollen die Leistungen pflegender Privatpersonen mit herangezogen werden.

6. 05-F-03-0020

Rudolf Dietz als Vorbild und Namensgeber einer Schule ungeeignet

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 21.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2005

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der von Oberbürgermeister Diehl bestellte Gutachter Prof. Dr. Peter Steinbach die Ausführungen des Stadtarchivs bestätigt hat, wonach Rudolf Dietz Mitglied der NSADP war, wonach er antisemitische Gedichte veröffentlicht hat sowie in seinem Gedicht „Reichslied“ Hitlers Machtübernahme „befürwortet und bejubelt“ hat und insgesamt als „Mitläufer“ des Nazi-Regimes einzustufen ist.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass die Namensgebung einer Schule der Überprüfung ihrer Sinnhaftigkeit Stand halten muss.
3. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Auffassung, dass ein Mitläufer des Nazi-Regimes und Verfasser antisemitischer Verse nicht als Vorbild für die Jugend geeignet ist und somit nicht als Namensgeber einer Schule in Frage kommt.
4. Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, die Rudolf-Dietz-Schule in Naurod umzubenennen. Der Ortsbeirat Naurod und die Schulkonferenz der Rudolf-Dietz-Schule werden gebeten, hierfür aus ihrer Sicht geeignete Namensvorschläge vorzulegen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die vom Oberbürgermeister Hildebrand Diehl angekündigte weitere Aufarbeitung des „Mitläufertums“ während der NS-Zeit u.a. des Heimatdichters Rudolf Dietz.

7. 05-F-04-0001

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses wegen des geplanten Baus einer Tiefgarage unter dem Bowling Green und der Fällung der dortigen Platanen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, gem. § 50 Abs. 2 HGO wird zu der im Betreff genannten Angelegenheit ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.

Dem Ausschuss sind alle Akten und Gutachten ausnahmslos vorzulegen.

Der Ausschuss wird zu klären haben, ob die Beschlussvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung jeweils dem vollständigen Kenntnisstand des Magistrates entsprechen.

8. 05-F-06-0001

Keinen Eigenanteil von Eltern und Schüler/innen an der Schülerbeförderung
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 21.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Hinblick auf die anstehenden Anmeldungen der Fachämter und Dezernate zum Entwurf für den städtischen Haushaltsplan 2006/2007 stellt die Stadtverordnetenversammlung fest, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden von der im Hessischen Schulgesetz in § 161, Absatz 11, eingeräumten Möglichkeit, der Erhebung eines von den Eltern oder der Schülerin oder dem Schüler selbst zu tragenden Eigenanteils an den Kosten der Schülerbeförderung, k e i n e n Gebrauch machen wird.

9. 04-F-03-0099

Mietzinsbegrenzung bei der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbaugesellschaft (GWW)
-Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
16.11.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Wohnungen der Gemeinnützigen Wiesbadener Wohnbaugesellschaft (GWW) wird eine Mietzinsbegrenzung erlassen, welche jenen Vorgaben entspricht, die von der Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Beschluss Nr. 870 vom 17.12.1996 für die Wohnungen der GeWeGe festgelegt wurden. Diese beinhaltet, dass bei bestehenden Mietverhältnissen und Neuvermietungen generell keinerlei Mietzinsanpassungen erfolgen, die den für die jeweilige Wohnung gültigen Mittelwert des aktuellen Mietspiegels übersteigen.
2. Soweit von der GWW in jüngster Zeit Mieterhöhungen, welche die Grenze des Mittelwerts des aktuellen Mietzinses übersteigen, angekündigt oder vorgenommen wurden, werden diese zurückgenommen und entsprechend berichtigt.
3. Der Magistrat und die Mitglieder im Aufsichtsrat der GWW werden um entsprechende Umsetzung gebeten.

10. 04-F-06-0018

Sachstandsbericht Stationsentwicklungsplan Bahnhof Mainz-Kastel
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird um einen Sachstandsbericht hinsichtlich der Umsetzung des sog. „Stationsentwicklungsplanes Bahnhof Mainz-Kastel“ mit Angabe möglichst konkreter Termine für die Realisierung der vorgesehenen Teilprojekte gebeten.
Für die vorgesehenen Teilprojekte (insbesondere für die schon vor Jahren mit besonderer Priorität geplante Direktverbindung vom Kulturzentrum Reduit/Rheinufer zum Gleiskörper und die Direktverbindung zwischen Bahnhof und Busknotenpunkt Brückenkopf Kastel) sind ggfs. die Hinderungsgründe für die noch nicht erfolgte Realisierung und die Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hinderungsgründe zu benennen.

11. 04-F-02-0063

Einstieg in ein regionales Schienenverkehrssystem
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0206 vom 09.11.2004 -

ANLAGE

12. 04-F-01-0079

Umsetzung des Doppelhaushalts 2004/2005
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2004 -

I. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest::

1. Die Verfügung des Stadtkämmerers vom 02.11.2004, wonach das Verfahren der vorläufigen Haushaltsführung beibehalten werden soll, obwohl ein genehmigter Haushalt vorliegt, unterläuft den Haushaltsbeschluss der StVV und verletzt damit elementare Rechte der gewählten Vertretung der Bürger.
2. Der Doppelhaushalt 2004/2005 wurde auf der Grundlage von Vorschlägen des Magistrats und unter Beachtung des Prinzips größter Sparsamkeit aufgestellt. Er enthält neben den kommunalen Pflichtaufgaben nur solche Ausgaben, die für die Entwicklung der Stadt und das Wohl ihrer Bürger unverzichtbar sind. Für willkürliche Eingriffe des Kämmerers in die beschlossene Haushaltsstruktur gibt es deshalb keinen Spielraum.

II. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf,

1. umgehend für eine Rücknahme der Kämmerereivorgabe zum Verfahren des Haushaltsvollzugs zu sorgen und zu einer geordneten Haushaltsführung zurück zu kehren. Die Stadtverordneten sind hiervon zeitnah zu unterrichten;
2. bei der Umsetzung des beschlossenen Haushalts die darin enthaltenen Maßnahmen zur Konsolidierung konsequent umzusetzen;
3. der Stadtverordnetenversammlung umgehend zu berichten, falls die aktuelle Haushaltsentwicklung Grund zu der Annahme geben sollte, dass die von der StVV vorgegebenen Finanzziele nicht erreicht werden.

13. 04-F-03-0108

Verkehrspolitik gesundheitsverträglich gestalten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest,

- Stickoxide sind Reizgase und können Atemwegserkrankungen wie allergische Reaktionen auslösen. Feinstäube sind lungengängig, verkürzen bei Langzeitexposition die Lebenserwartung und können Krebs verursachen. Nach umweltmedizinischen Studien können Kfz-Abgasen 1 bis 2% der Todesfälle pro Jahr zugeordnet werden.
- Die Gesundheitsbelastungen durch verkehrsbedingte Luftschadstoffe müssen über die per EU-Recht geforderte und einklagbare Verpflichtung zur Grenzwerteinhaltung hinaus im Sinne einer vorsorge- und zukunftsorientierten Verkehrspolitik minimiert werden. Der regionale Luftreinhalteplan Rhein-Main bietet dafür die Grundlage.
- Die in Wiesbaden seit Jahren festgestellten Grenzwertüberschreitungen bei Stickoxiden sowie die im Zuge der Grenzwertabsenkungen zu erwartenden Überschreitungen der zulässigen Konzentrationen bei Feinstäuben sind aus gesundheits-, umwelt- wie verkehrspolitischer Sicht nicht hinnehmbar.
-

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

1. aufbauend auf den Ergebnissen des Luftreinhalteplans Rhein-Main - zeitnah ein Bündel an Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -lenkung, -steuerung sowie fahrzeugtechnische Verbesserungen **umzusetzen**, um die gesundheitlich besonders problematischen Stickoxide

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2005

und Feinstaubkonzentrationen auf ein gesundheitsverträgliches Niveau unterhalb der Grenzwerte zu reduzieren

2. Zu den 10 Maßnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden aus dem Regionalen Luftreinhalteplan bis Mitte 2005 ein konkretes **Umsetzungskonzept** vorzulegen
3. Das Maßnahmenbündel um die kurzfristige, bereits als Prüfauftrag beschlossene Ergänzung von Dieselnissen um Erdgaskomponenten (Planungs-, Bau- und Verkehrsausschuss vom 9.11.04) sowie die ebenfalls beschlossenen Prüfungen der Einführung eines Mietertickets, Mieter-Car-Sharings, "Nero-Card" sowie die planerischen Vorbereitungen für eine Schienenanbindung der Innenstadt zu ergänzen.
4. Die Prioritätensetzung der Maßnahmen wie folgt zu gestalten:
 - 1 Ergänzung der in Wiesbaden eingesetzten Dieselnisse um Erdgaskomponenten
 - 2 Nachfahrverbot für Lkw, Verlagerung des Lkw-Verkehrs aus der Innenstadt
 - 3 Neubeschaffung städtischer Fahrzeuge nur mit Rußpartikelfilter oder alternativ mit Erdgas-Ottomotor
 - 4 Im ÖPNV: Einführung der Pflicht von Rußpartikelfiltern ab 1.1.2005 bei Ausschreibungen
 - 5 Optimierung des Verkehrsflusses durch Ampelschaltungen und Pfortnerampel
 - 6 Ausbau eines durchgehenden Radwegenetzes
 - 7 Prüfung eines Behörden-Car-Sharing
 - 8 Einführung eines Mietertickets
 - 9 Prüfung der Einführung von Mieter-Car-Sharing bei öffentlich geförderten Wohnungen
 - 10 Aktive Förderung von Fahrgemeinschaften in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Main-Pendlernetz sowie durch Öffentlichkeitsarbeit und Verlinkung/Ergänzung auf der städtischen Homepage
 - 11 Optimierung des ÖPNV-Angebotes, insbesondere durch die planerische Vorbereitung einer Schienenanbindung der Innenstadt
 - 12 Prüfung der Einführung einer Chipkarte für ÖPNV- und Car-Sharing-Nutzung gekoppelt mit dem ortsansässigen Einzelhandel (Nero-Card)
 - 13 Schaffung neuer/Erweiterung bestehender quellnaher Park & Ride-Anlagen
 - 14 Prüfung der Machbarkeit eines Güterverteilerzentrums
5. Die städtischen Maßnahmen sind mit den Gemeinden in der Region Rhein-Main abzustimmen und sollten auf regionaler Ebene durch eine Koordinationsstelle (z.B. bei der Gesellschaft für integriertes Verkehrsmanagement) begleitet bzw. umgesetzt werden.

14. 04-F-04-0011

Anti-Graffiti-Mobil

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.12.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für den Betrieb eines sog. Anti - Graffiti - Mobils zu erstellen.

Die Zusammenarbeit mit dem Haus- und Grundbesitzerverein ist zu suchen. Die Erfahrungen anderer Städte in der Graffitibekämpfung sind einzubeziehen.

15. 05-F-03-0009

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2005

Platanen und Tiefgarage am Bowling Green

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Auf Grund von Presseberichten besteht Anlass zu der Vermutung, dass die Verträge mit dem Investor SüdLeasing/Züblin noch nicht unterzeichnet sind.
2. Ebenso besteht ein Interesse über etwaige, geänderte vertragliche Rahmenbedingungen seit dem Beschluss Nr. 0347 in der Stadtverordnetenversammlung vom 3. Juni 2004 informiert zu werden.

Der Magistrat wird daher aufgefordert,

- I Folgendes zu veranlassen:
 1. die 42 von ehemals 53 Platanen am Bowling Green vor dem Kurhaus werden nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs einer Rechtsverordnung (Anlage 1) unter Naturdenkmalschutz gestellt,
 2. die Unterzeichnung der Verordnung erfolgt nach Eingang der erforderlichen Stellungnahmen.
- II die Stadtverordneten über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Investor SüdLeasing/Züblin zu informieren und die aktuellen Vertragsentwürfe vorzulegen;
- III die Stadtverordneten in Kenntnis zu setzen, ob Absprachen mit Dritten bezüglich einer Beteiligung an der Finanzierung der Oberflächengestaltung der geplanten Tiefgarage vorgesehen sind und was diese gegebenenfalls beinhalten.

16. 05-F-01-0009

Toilettenanlagen in Wiesbaden

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.01.2005 -

Die Schließung von Toilettenanlagen zum Jahreswechsel aus Einspargründen widerspricht dem Selbstverständnis eines adäquaten Serviceangebots einer großen Stadt, stellt eine Härte für die Bürgerinnen und Bürger dieser Kommune dar und ist nicht kompatibel mit unserem Anspruch an eine bürger- und besucherfreundliche, weltoffene Landeshauptstadt.

Die vor weit über 2 Jahren aufgenommenen Verhandlungen mit alternativen Anbietern zu den damals gekündigten Anlagen sind immer noch nicht zum Abschluss gebracht, Alternativen gibt es nicht oder sie wurden in der Öffentlichkeit nicht ausreichend kommuniziert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

- auch in Zukunft eine möglichst flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Toiletten zu gewährleisten, so dass Hygiene und Sauberkeit im gesamten Stadtbild gewahrt bleiben;
- dafür zu sorgen, dass Toilettenanlagen an stark frequentierten Orten, beispielsweise am Platz der Deutschen Einheit, der Marktkirche, am Mauritiusplatz, am Staatstheater oder der Maaraue in Kostheim (dort vor allem in den Sommermonaten) erhalten bleiben;
- zu berichten, ob er beim Auslaufen des DSR-Vertrags neue Chancen zur Verbesserung der Situation sieht;
- wie in Zukunft auf Toilettenanlagen hingewiesen werden soll, um auch Ortsfremden Hinweise

zu den Standorten der Anlagen zu geben.

17. 05-F-01-0011

Straßenbeleuchtung in Wiesbaden und AKK / Sparmaßnahmenkataloge von ESWE und den Stadtwerken Mainz

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 21.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eine ausreichende Beleuchtung von Straßen und Wegen ist ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt deshalb die Forderungen der Ortsbeiräte, der Frauenbeauftragten und des Seniorenbeirates, aus Gründen der Sicherheit und Verkehrssicherheit die Straßenbeleuchtung in Wiesbaden und AKK nicht zu reduzieren.

Der Magistrat wird deshalb aufgefordert, die Pläne zur Reduzierung der Straßenbeleuchtung von ESWE und den Stadtwerken Mainz nicht umzusetzen.

18. 05-F-20-0001

Solidarität mit Opfern der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien Wiesbaden leistet seinen Beitrag zu wirksamer und dauerhafter Wiederaufbauhilfe

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.01.2005 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die spontane Hilfsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger für die Flutopfer in Südostasien und die vielfältigen Anstrengungen von Institutionen, Vereinen und Einzelpersonlichkeiten rasch wirksame Soforthilfe zu organisieren und Spenden hierfür zu sammeln.
2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht die Notwendigkeit nachhaltige, international, national und regional abgestimmte Wiederaufbauhilfe für die von der Flutkatastrophe betroffenen Regionen zu leisten. Hierzu will auch die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Beitrag leisten. Dies kann nur bei guter Vorbereitung gelingen, die sicherstellt, dass die Hilfe zielgerichtet erfolgt und vor Ort effizient umgesetzt wird.
3. Der Magistrat wird gebeten, in Abstimmung mit der Servicestelle ‚Kommunen in der Einen Welt‘, dem Deutschen und Hessischen Städtetag sowie dem ‚Rat der Gemeinden und Regionen Europas‘ einen Vorschlag vorzulegen, der zeigt, auf welche Region oder Gemeinde in Südostasien sich die Unterstützung der Landeshauptstadt Wiesbaden in den kommenden Jahren konzentrieren sollte, wie die zugehörige Partnerschaft institutionell abzusichern ist und welche konkreten Projekte es dabei zu bewältigen gilt.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **03-V-08-0006** **DL 40/04-1**
Investitionszuschuss kuk im Schlachthof e. V.
2. **03-V-08-0009** **DL 40/04-2**
Kulturzentrum Schlachthof e. V. (KuK) - Nebenkosten des Schlachthofgebäudes
3. **04-V-01-0027** **DL 40/04-5**
Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von der Niederschrift über die 42. Sitzung am 10.11.2004
4. **04-V-08-0013** **DL 40/04-6**
Novellierung des Hess. Schulgesetzes / Auswirkungen für den Schulträger (Schulentwicklungsplanung); Umwandlung der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule
5. **04-V-11-5012** **DL 40/04-7**
Übernahme der "Dienstherreneigenschaft" des KGRZ Wiesbaden
ANLAGE
6. **04-V-20-0028** **DL 41/04-2**
Verwaltungskostenbeitrag AKK 2003
7. **04-V-20-0046** **DL 40/04-9**
Quartalsbericht 03/2004 Projekt inteR
8. **04-V-20-0049** **DL 01/05-1**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2004
9. **04-V-20-0051** **DL 01/05-2**
Verfahrensänderung über die Verwendung der Haushaltsmittel der Ortsbeiräte

10. **04-V-36-0027** **DL 40/04-11**
Klimaschutzbericht 2003
11. **04-V-41-0028** **DL 40/04-12**
Freigabe von Haushaltsmitteln für den Bereich Schule und Kultur
12. **04-V-41-0031** **DL 41/04-3**
Programm und Finanzierung IMF 2005
13. **04-V-51-0038** **DL 34/04-10**
Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten
14. **04-V-51-0042** **DL 40/04-13**
Betriebskostenzuschuss im Rahmen des Sofortprogramms an die Europa-Schule Dr. Obermayr
15. **04-V-51-0047** **DL 41/04-4**
Üpl. Genehmigung von Personalkosten für das Rechnungsjahr 2003
16. **04-V-51-0050** **DL 01/05-3**
Kenntnisnahme von nicht auszuführenden Maßnahmen des SNB 2, Haushaltsjahr 2004
17. **04-V-64-0008** **DL 41/04-7**
Erneuerung eines Heizkessels im Hallenbad Kostheim
18. **04-V-80-8041** **DL 03/05-2, 01/05-6**
Vorstellung des aktualisierten GMA-Einzelhandelskonzepts

Tagesordnung III

1. **03-V-66-0222** **DL 40/04-3, 10/04-1**
Moltkering - Parkplatzerweiterung

2. **04-V-61-0040** **DL 01/05-4, 41/04-5**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Südliche Freiburger Straße" im Ortsbezirk Delkenheim;
Satzungsbeschluss

3. **04-V-61-0043** **DL 38/04-2**
Bebauungsplanentwurf "Am alten Wiesbadener Weg - Teilbereich B - 1. Änderung" im
Ortsbezirk Delkenheim - Satzungsbeschluss

4. **04-V-61-0053** **DL 40/04-14**
Bebauungsplanentwurf "Tennelbachtal - 1. Änderung (Ergänzungsverfahren nach § 215a
BauGB)" im Ortsbezirk Sonnenberg; Satzungsbeschluss

5. **04-V-61-0070** **DL 03/05-1, 41/04-6**
Bebauungsplanentwurf "Mainzer Straße - Bereich E" (Zentraler Verwaltungsstandort) im
Ortsbezirk Wiesbaden Süd-Ost: Satzungsbeschluss

6. **04-V-82-0005** **DL 41/04-6**
Weingut der Landeshauptstadt Wiesbaden

Zu folgenden Punkten findet vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Sondersitzung des Ausschusses für Soziales statt (zu Punkt 7. gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung).

7. **05-V-51-0002** **DL 03/05-3**

Errichtung einer Kindertagesstätte in Wiesbaden-Sonnenberg durch private Investoren

8. **04-V-69-0011** **DL 01/05-5**

Bewirtschaftung des Anbaus an die Theodor-Fliedner-Halle, Bierstadt

Tagesordnung IV

1. **04-V-36-0035** **DL 41/04-2 NÖ**

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 25.11.2004

2. **04-V-62-0012** **DL 41/04-3 NÖ**

Vorwegnahme der Entscheidung gem. § 76 BauGB - Beschluss Nr. 47 – in Mainz-Kastel

3. **04-V-80-2359** **DL 41/04-4 NÖ**

Wiederkaufsrecht und Wertabschöpfungsklausel für das Land Hessen beim Ankauf des Grundstücks Balthasar-Neumann-Straße 10 für den Ausbau des Berufsschulparkplatzes

4. **04-V-80-2368** **DL 41/04-5 NÖ**

Verzeichnis der vom 01.07.2004 bis 30.09.2004 genehmigten Grundstücksvorlagen

5. **05-V-03-0001** **DL 03/05-1 NÖ, 02/05-1 NÖ**

Zentrales Justiz- und Verwaltungszentrum Mainzer Straße Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Land Hessen

ANLAGE

6. **04-V-05-0013** **DL 41/04-1 NÖ**

Kapitaleinlage bei der HSK Rhein-Main GmbH

Zu dem nachfolgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Gesundheitsausschusses vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

7. 05-V-05-0001

DL 01/05-1 NÖ

Erwerb des Zentrums für Rheumatologie Schlangenbad

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin